

Über ideologische
Indoktrination
und die Verdrängung
von Schuld

Antisemitismus und Israelfeindschaft in der DDR

Konrad Weiß

Als in diesem Sommer bekannt wurde, dass in Pretzien, einem Dorf in Sachsen-Anhalt, junge Neonationalsozialisten bei einer Sonnenwendfeier die amerikanische Flagge und das Tagebuch der Anne Frank rituell verbrannt haben, war überall im Land die Empörung groß. Der eigentliche Skandal war, dass viele aus dem Ort tatenlos dabei zugesehen hatten. Auch der Bürgermeister, ein bewährter Kader der SED/PDS/Linkspartei, der 2001 mit hundert Prozent der Stimmen ins Amt gewählt worden war, war nicht eingeschritten. Nun stellte sich heraus, dass er die braunen Jungmannen sogar vielfältig gefördert hatte und selbst Mitglied jenes dubiosen Heimatvereins war, der das Sonnenwendfeuer entfacht hatte.

Fragen über Fragen

Ein solches Ereignis wirft schmerzliche Fragen auf: Sind die Leute dort wirklich zu dumm zu begreifen, was es heißt, *diese* Flaggen und *dieses* Buch zu verbrennen? Wissen sie nicht, wer Anne Frank war und wofür das Sternenbanner steht? Waren sie einfach nur feige? Oder sind sie womöglich, anderthalb Jahrzehnte nach der Wiedervereinigung, noch immer Opfer der ideologischen Indoktrination? Lebt in ihnen die totalitäre Vergangenheit fort?

Hierfür spricht manches. Denn so viele Jahrzehnte der Lüge und Entmündigung, der Verblendung und Verführung sind eben nicht in ein paar Jahren zu heilen. Zwar galt in der DDR der Antifaschismus als Staatsdoktrin; die DDR definierte sich

selbst als antifaschistisch. Aber gerade dies war doch die fundamentale Lebenslüge der Kommunisten.

In der sowjetisch besetzten Zone und später in der DDR wurden die totalitären, antidemokratischen Wurzeln des nationalsozialistischen Systems nicht wirklich erkannt und ausgemerzt. Die furchtbare Schuld wurde verdrängt. Hinzu kam, dass die Siegermacht wiederum ein System installiert hatte, das nicht minder menschenfeindlich und undemokratisch war als das eben überwundene. Der Stalinismus in der DDR hat wirklichen Antifaschismus unmöglich gemacht. Tapfere Antifaschisten, die eben den Konzentrationslagern entronnen waren, wurden feige Büttel des neuen Systems. Zweifellos haben viele im guten Glauben gehandelt und erst im stalinschen, dann im realen Sozialismus eine Alternative gesehen. Objektiv aber haben sie daran mitgewirkt, Freiheit, Demokratie und Menschlichkeit zu verhindern und zu zerstören.

Die totalitären Wurzeln des DDR-Regimes werden in keinem anderen Bereich so deutlich wie an der Feindschaft gegen Israel und am Antisemitismus der SED: Deutsche haben nach Auschwitz wiederum Juden verfolgt und aus dem Land getrieben, haben sich mit den Feinden Israels solidarisiert und ihnen Geld und Waffen für den Kampf gegen die Überlebenden der Shoah gegeben. Kann es einen Antifaschismus geben, der antisemitisch ist? Ist eine Gesellschaft antifaschistisch, die den Überlebenden der Shoah das Lebensrecht abspricht? Ist ein Land antifa-

schistisch, in dem es jahrzehntelang Regierungspolitik war, alles Jüdische totzuschweigen: jüdische Religion und Kultur, jüdische Geschichte und Tradition?

Im Frühjahr 1980 arbeitete ich mit dem Schriftsteller Walther Petri an einem Film über das Tagebuch des Dawid Rubino-wicz, eines jüdischen Jungen aus Polen, der 1942 in Treblinka umgekommen ist. Wir wollten diesen Dokumentarfilm für Kinder drehen, weil damals, Ende der siebziger Jahre, die ersten Anzeichen für einen neuen Rechtsradikalismus in der DDR sichtbar wurden. Erst bei der Arbeit wurde uns bewusst, dass eine ganze Generation ohne alles Wissen über Juden und Judentum aufgewachsen war. Die antifaschistische Erziehung war erstarrt, formalisiert, kalt. Israel war für diese jungen Deutschen ein feindliches Land.

Ein halbes Jahr haben wir um unseren Film gekämpft. Ein Argument gegen den Film war, dass er Sympathie für das Judenkind Dawid wecken könnte und damit Sympathie für Israel. Ein anderes, dass wir vom jüdischen Volk gesprochen hätten. Nach der herrschenden Doktrin in der DDR gab es kein jüdisches Volk. Selbst das Wort Jude vermied man. Auch Israel war nicht etwa der Staat der Juden, sondern immer nur ein „zionistisches Gebilde“. Dieser Antizionismus der Realsozialisten war in Wahrheit Antisemitismus.

Das Einmaleins der Klassenlehre

In der angeblich wissenschaftlichen Weltanschauung der Marxisten war – und ist – kein Raum für Schuld, Reue und Sühne. Das Dogma ersetzte die Auseinandersetzung mit der eigenen Schuld. Das schreckliche Versagen der Deutschen wurde mit dem simplen Einmaleins der Klassenlehre anonymisiert: Der Faschismus, so die gängige Lehrmeinung, war die aggressivste Ausprägung des Kapitalismus, der Antisemitismus diente „der Ablenkung der Massen von der Ausbeu-

terpolitik der herrschenden Klasse“. Der Zionismus war, getreu der antiquierten Analyse Lenins, „eine nationalistische Bewegung der internationalen jüdischen Bourgeoisie und allein dazu da, das jüdische Proletariat vom Klassenkampf abzuhalten“. Dieses Theorem galt bis zuletzt. Man sollte die fortdauernde Wirkung solcher Indoktrination nicht unterschätzen; bis heute wirkt sie bei vielen Ostdeutschen fort.

Da blieb kein Raum für das reale Israel, womöglich gar für Sympathie mit dem jüdischen Staat. Dabei war in der sowjetischen Zone die Gründung Israels zunächst durchaus freundlich aufgenommen worden. Wilhelm Pieck, damals Vorsitzender der SED, begrüßte den Beschluss der Vereinten Nationen, Palästina in einen arabischen und einen jüdischen Staat zu teilen. Die SED betrachte die Schaffung eines jüdischen Staates als einen wesentlichen Beitrag, um Menschen, denen der Hitlerfaschismus die schwersten Leiden zufügt hat, den Aufbau eines neuen Lebens zu ermöglichen.

Antijüdische Schauprozesse

Der Umschwung kam im November 1952 mit dem Slánsky-Prozess in Prag, einem stalinistischen Schautribunal. Rudolf Slánsky und weitere dreizehn Beschuldigte, darunter elf Juden, wurden als Veräter, Verschwörer und Spione angeklagt und verurteilt. Der Prozess löste auch in der DDR eine Welle der Verfolgung und Demütigung aus. Die Räume der jüdischen Gemeinden wurden durchsucht, Gemeindevorsteher verhört und zahlreiche Juden verhaftet. Sie sollten nach den „Lehren aus dem Prozess gegen das Verschwörertum Slánskys“ – so ein Beschluss des Zentralkomitees (ZK) der SED – in ähnlichen Schauprozessen als „Werkzeuge der internationalen Finanzoligarchie“ entlarvt und als „Agenten der jüdischen Weltverschwörung“ verurteilt werden.

Zu den Opfern gehörte das Mitglied des Politbüros der SED, Paul Merker, dem seine Genossen vorwarfen, dass er sich für die Wiedergutmachung gegenüber den Naziopfern eingesetzt hat. Damit, so heißt es in jenem ZK-Beschluss, habe er die Verschiebung von deutschem Volksvermögen gefordert und die aus deutschen und ausländischen Arbeitern herausgepressten Maximalprofite der Monopolkapitalisten in angebliches Eigentum des jüdischen Volkes umgefälscht. Auch Paul Merker wurde in einem Schauprozess verurteilt.

Das nun entlarvt die SED vollends. Einer Partei, die Bemühungen um Wiedergutmachung als „Verschiebung von deutschem Volksvermögen“ bezeichnet, kann es mit der Bemühung, eine antifaschistisch-demokratische Grundordnung in Deutschland zu errichten, nicht sehr ernst gewesen sein. Die totale Kehrtwendung der SED und die willkürlichen Verhaftungen führten 1952/1953 zu einem neuerlichen Exodus. Etwa zwanzigtausend Überlebende der Shoah sind damals aus der DDR geflohen. Zurück blieb eine überalterte jüdische Gemeinde, die zuletzt, am Ende der SED-Herrschaft, gerade noch sechshundert Mitglieder zählte.

Hetzkampagne gegen Israel

1967, mit dem Sechs-Tage-Krieg, begann eine neue Hetzkampagne. Völkerrechtler der Humboldt-Universität zu Berlin erklärten Israel zum „internationalen Rechtsbrecher“ und „Aggressorstaat“. Obwohl die Schließung der Straße von Tiran durch Ägypten, die Anlass für den 67er Krieg war, eindeutig gegen UN-Konventionen verstoßen hatte, machten die SED-Professoren auftragsgemäß Israel zum Schuldigen. Der Überfall, zu dem Israel von seinen imperialistischen Verbündeten in Washington und Bonn ermuntert worden sei, sei ein flagranter Bruch des Völkerrechtes, der Kampf der

arabischen Staaten gegen Israel hingegen rechtmäßig. Das Volk der Deutschen Demokratischen Republik stehe solidarisch an der Seite der Araber, die um ihre nationale Freiheit und Unabhängigkeit kämpften – so das *Neue Deutschland* am 8. Juni 1967.

Nach diesem banalen Muster wurde fortan immer argumentiert: Israel als Aggressor, die arabischen Staaten als Opfer. In dieses Muster passt, dass über die zahllosen Terrorakte der Palästinenser gegen Israelis nicht berichtet wurde. Und wenn doch, dann in dürren Worten und keinesfalls missbilligend, auch wenn die Opfer Kinder in Schulbussen oder unbeteiligte Passanten waren. Es waren ja bloß, nicht anders lässt sich das interpretieren, es waren ja bloß Juden ...

Vereinnahmung von Bibelworten

Selbst in einem Lehrbuch, nach dem Offiziere der Nationalen Volksarmee in der „ästhetischen Erziehung der Soldaten“ ausgebildet wurden, finden sich perfide antisemitische Ausfälle. Die biblische Beschreibung von Verbrechen, heißt es zum Beispiel, bediene sich ästhetischer Mittel, die denen der „Hitchcocks von heute“ und der „Kaltenbrunners von gestern“ ähnelten. Als Beweis wird eine Stelle über die Eroberung der Stadt Rabba durch David angeführt (2. Buch Samuel 12,31). Die in dem Lehrbuch der Nationalen Volksarmee (NVA) verwendete Bibel-Übersetzung ist jedoch völlig willkürlich und ungenau. Sie suggeriert, David habe die Bevölkerung der Ammoniterstadt „unter eiserne Sägen, eiserne Hämmer und eiserne Äxte“ gebracht und „in die Ziegelöfen“ geworfen. Dieses Bibelwort erinnere an die Instruktionen, die an die Sonderkommandos der SS ergingen, als diese Majdanek, Lidice, Oradour-sur-Glane und andere Gemeinwesen „Sanktionen“ unterwarfen. Auch heute blieben solche praktischen Empfehlungen der Bibel – „Sei grausam, morde, vergewaltige, raube!“ –

nicht ungehört. Selbst vor dem nationalsozialistischen Kampfbegriff „Endlösung“ schreckte die SED nicht zurück: Am 2. Juni 1982 schrieb der Kommentator der *Berliner Zeitung*, Klaus Wilczynski, Israel wolle die Kampfhandlungen im Libanon „bis zur Endlösung“ fortsetzen.

Auch die Zeitungen der Blockparteien beschmutzten und verleumdeten Israel, wo immer es ging. Da war im CDU-Organ *Neue Zeit* vom 8. Juni 1967 von „Bonns Blutschuld im Nahen Osten“ zu lesen, denn Westdeutschland habe „einen Strom von Waffen und Munition nach Israel gepumpt“, so sähe die westdeutsche Wiedergutmachung aus. Die gleiche Zeitung lastete ein paar Tage später führenden israelischen Politikern an, dass sie nicht Verfolgte des Naziregimes gewesen waren oder aus Deutschland hatten fliehen müssen.

Diese Israelfeindschaft der SED hatte auch praktische Konsequenzen für die jüdischen Verfolgten des Naziregimes, die in der DDR lebten. Sie wurden von der SED als zweitklassige Antifaschisten behandelt, als „Opfer“, die eine geringere Unterstützung erhielten als die nichtjüdischen „Kämpfer“. Diese Ungleichheit wurde erst 1990 durch die frei gewählte Volkskammer beseitigt.

Der Parteilinie entgegen

Es hat aber auch in der DDR schon Versuche gegeben, dem Antizionismus und Antisemitismus der SED entgegenzuwirken. Da für DDR-Bürger Reisen nach Israel so gut wie unmöglich waren, konnte sich kaum jemand ein Bild vom realen Israel und dem Leben der Juden dort machen. Vor allem den Kirchen ist es zu danken, dass es dennoch Ansätze eines Dialogs mit dem Judentum und alternative Informationen über den Staat Israel gegeben hat. Auch die Gruppen für das jüdisch-christliche Gespräch und die Aktion Sühnezeichen haben eine wichtige Aufklärungsarbeit geleistet. Das hat zahl-

reichen jungen Menschen in der DDR geholfen, sich mit deutscher Schuld und Verantwortung auseinanderzusetzen und mehr und anderes über das Judentum und Israel zu erfahren als in der Schule.

Trotz der feindseligen Haltung des SED-Staates entstand eine stattliche Anzahl von Büchern und Filmen zu jüdischen Themen und zur Geschichte der Juden in Deutschland, auch zur Judenverfolgung und Judenvernichtung, der Shoah. Und zuletzt auch einige wenige Arbeiten über Israel. Aber das widerspricht nur scheinbar der These, dass die DDR antizionistisch und antisemitisch gewesen ist. Denn alle diese Arbeiten wurden von engagierten Schriftstellern, Filmemachern und Publizisten in manchmal jahrelangen Kämpfen gegen die Parteilinie, gegen die Zensur und die Kulturbürokratie durchgesetzt. Manche Arbeiten durften bis zuletzt nicht erscheinen.

Ein allmählicher Wandel begann Mitte der achtziger Jahre. Honecker wollte in den USA Kapital für die marode Wirtschaft der DDR beschaffen. Dagegen erhoben dort jüdische Verbände Einspruch. Das nötigte die SED, ihre Politik zu ändern: 1986 wurde auf Veranlassung von Honecker der Friedhof der Addas-Jisroel-Gemeinde wiederhergestellt. 1987 konnte die Ostberliner Synagoge mit öffentlichen Mitteln restauriert und nach zwei Jahrzehnten der Vakanz ein Rabbiner eingesetzt werden. Auf jüdischen Friedhöfen, die bis dahin von den Gemeinden selbst und der Aktion Sühnezeichen mehr schlecht als recht gepflegt worden waren, fanden nun auch Arbeitseinsätze der Freien Deutschen Jugend (FDJ) statt.

1988, im Vorfeld des fünfzigsten Jahrestages des Großen Pogroms vom 9. November 1938, gab es eine regelrechte Kampagne zu jüdischen Themen, die schon wieder kontraproduktiv wirkte. Heinz Galinski, der Vorsitzende des Zentralrates der Juden in Deutschland, traf

mit Honecker zusammen und mahnte Objektivität in der Berichterstattung über Israel an. Der Staatssekretär für Kirchenfragen (sic!) reiste Anfang 1989 mit einer Regierungsdelegation nach Israel. Zaghaft begann ein Kulturaustausch.

Schuldverweigerung bis zum Schluss

Ein Schuldbekennnis gegenüber den Juden und Israel aber brachten die DDR-Machthaber bis zuletzt nicht über die Lippen. Das blieb der frei gewählten Volkskammer vorbehalten. Am 12. April 1990 bekannten sich die Parlamentarier der DDR in einer gemeinsamen Erklärung zur Mitverantwortung für die Demütigung, Vertreibung und Ermordung jüdischer Frauen, Männer und Kinder und baten die Juden in aller Welt um Verzeihung. Das

Volk Israels wurde um Verzeihung gebeten für die Heuchelei und Feindseligkeit der DDR gegenüber dem Staate Israel und für die Verfolgung und Entwürdigung jüdischer Mitbürger nach 1945.

Im Sommer 1990 reisten die Präsidentinnen der beiden deutschen Parlamente, Rita Süßmuth und Sabine Bergmann-Pohl, gemeinsam nach Israel. Ich durfte sie auf dieser Reise begleiten und habe erlebt, mit welcher Sympathie fast alle israelischen Politiker die Veränderungen in Deutschland und die Wiedervereinigung aufgenommen haben, mit welcher Bereitschaft zur Versöhnung auch mit dem Teil des Landes, das nicht nur zwölf, sondern weitere vierzig Jahre antisemitisch gewesen war und Israel das Existenzrecht hatte absprechen wollen.

Rot-roter Tunnelblick

„Im Gedenkkonzept des Berliner Senats ‚zur Erinnerung an die Berliner Mauer‘ findet sich nichts zur Verantwortung der Sowjetunion. Auch die westalliierten Schutzmächte, denen die Aufrechterhaltung von Freiheit und Demokratie im westlichen Teil Berlins zu danken ist, kommen nicht vor. Dabei hätte gerade die Berliner SPD allen Grund, sich an die transatlantische Zuneigung der Vereinigten Staaten zu erinnern. Ohne die Freiheitsgarantien Kennedys für die halbe deutsche Hauptstadt, ohne das entschlossene Beharren auf den alliierten Vereinbarungen über Berlin und Deutschland wäre die West-Berlin-Frage irgendwann im Sinne Chruschtschows und Ulbrichts entschieden worden. Die letzten Besatzungspläne, die bereits mit den Namen der Stasi-Kommandanten für die West-Berliner Bezirke versehen waren, stammen übrigens aus dem Jahr 1988. Angesichts der geschichtspolitischen Schludrigkeit des rot-roten Senats schlug die Bezirksverordnetenversammlung von Berlin-Charlottenburg jetzt vor, im ehemaligen Amerika-Haus am Bahnhof Zoo ein West-Berlin-Museum einzurichten. Dort würde gezeigt, was das rot-rote Konzept über den Freiheitswillen der Berliner verschweigt. Insbesondere in der politischen Einleitung des Senatskonzeptes zum Mauergedenken schlägt die Befangenheit des federführenden PDS-Senators durch. Flierl hatte im vergangenen Jahr angekündigt, ein ‚substantieller Bestandteil‘ des Gesamtkonzeptes werde ‚das Gedenken an die Opfer der deutschdeutschen Grenzen‘ sein. Was sich bereits in dieser verschwommenen Formulierung andeutete, hat sich nun bestätigt. Flierls Mauergedenkplan enthält keinen Hinweis auf die Verantwortlichen des Mauerbaus. Weder die Rolle der SED-Führung noch die der Sowjetunion sind erwähnt. Als habe es nie eine Befehlskette mit dem SED-Politbüro an der Spitze gegeben. Die Täter des Regimes verschwinden hinter Allgemeinplätzen.“

Jochen Staadt am 16. Juli 2006 in der *Frankfurter Allgemeinen Sonntagszeitung*